

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 8036/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Ludwig Stiegler MdB zum Erfordernis, die DDR vom „stillen Teilhaber“ zum Mitglied der EG zu machen: Europa als Chance zum deutschen Zusammenwachsen.

Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Notwendigkeit, die entwicklungs- politische Zusammenarbeit mit dem südostasiatischen Land aufzunehmen: Kambodscha endlich helfen.

Seite 4

Dr. Rolf Niese MdB zur Ausgestaltung des DDR-Wahlrechts: Im Sinne der Opposition regeln.

Seite 5

45. Jahrgang / 18

25. Januar 1990

Europa als Chance zum deutschen Zusammenwachsen

Zum Erfordernis, die DDR vom „stillen Teilhaber“ zum Mitglied der EG zu machen

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Daß die Menschen in der DDR Hoffnung und Perspektive brauchen - und zwar sofort - ist verständlich und einsehbar. Doch es drohen Gefahren durch das Irrlicht eines neuen Nationalismus. Deshalb ist das Angebot der EG, die DDR nach deren endgültiger struktureller Demokratisierung in die Gemeinschaft aufzunehmen, eine Chance, die rasch genutzt werden muß. Die DDR muß vom „stillen Teilhaber“ der EG zum „gleichberechtigten Gesellschafter“ werden. Denn die Mitgliedschaft in der EG gibt der DDR die Chance, selbständig zu bleiben und doch an der Gemeinschaft teilzuhaben. Diese Mitgliedschaft läßt deutsche Einheit ohne Einheitsstaat zu.

Hinter dem Ruf „Deutschland, einig Vaterland“ verbirgt sich für viele Menschen in erster Linie der Wunsch, nachzuholen und aufzuholen, was in der Bundesrepublik möglich geworden ist. Erst dann kommen nationale Gefühle. Auf diese Wünsche der Menschen in der DDR - Freiheit, Chancen und Teilhabe am Wohlstand - kann auch eine DDR eingehen, die Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft geworden ist, ohne daß jetzt überhastet der deutsche Einheitsstaat aus dem Boden gestampft wird.

Daß der deutsche Einheitsstaat bei den Nachbarn Ängste und Bedrohungsgefühle hervorruft, ist nicht unbegründet: Die europäische Geschichte - insbesondere die Geschichte der letzten hundert Jahre - sagt mehr als gute Vorsätze und Versprechen, den europäischen Frieden nie wieder zu gefährden, aus. In der Rüstungspolitik und in der europäischen Sicherheitspolitik haben gerade auch die Konservativen nicht ohne Berechtigung davor gewarnt, nur den guten Vorsätzen und Erklärungen zu trauen. Wir haben die „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ als strategischen Begriff erarbeitet, um deutlich zu machen, daß volles Vertrauen erst dann entstehen kann, wenn dem „Nicht-mehr-wollen“ auch das „Nicht-mehr-können“ zugesellt wird.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kennzeichen Ökonomie
mit wertvollen Rücklagen
Recycling-Papier



Nicht anders ist es in der Frage der deutschen Einheit: Es genügt nicht zu beteuern, daß die Deutschen ihre historische Lektion gelernt haben und nie wieder Störenfried des europäischen Friedens sein wollen. Die Diskussion in der Union um die polnische Westgrenze, die von den Republikanern diskutierte Grenze gar über 1937 hinaus begründen zu Recht Aufmerksamkeit und Wachsamkeit bei den Nachbarn in Ost und West.

Daran ändert auch die Versicherung der Mehrheit im Parlament, dieses nicht zu wollen, nur wenig. Damit können sich unsere Nachbarn nicht zufrieden geben. Es kommt darauf an, auch nicht mehr zu können. Wir brauchen Strukturen, die die Deutschen unumkehrbar in eine europäische Friedensordnung einbetten. Erst dann können sich die Nachbarn sicher fühlen, daß Hochmut und konservative Großmannssucht nicht mehr wiederkehren können.

Dieses Ziel zu erreichen, dafür ist die Selbständigkeit der DDR und ihrer künftigen Länder als Staat und selbständiges Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft ein möglicher Weg. Dieser Weg dient der DDR, die dann nicht Objekt der bundesdeutschen Politik würde, sondern gleichberechtigter Partner wäre. Dieser Weg dient den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, die es dann mit zwei selbständigen Staaten in der EG zu tun haben. Dieser Weg dient letztlich auch der deutschen Einheit, denn die gemeinsame Mitgliedschaft in der EG schafft über den Binnenmarkt 1992 einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und gemeinsame gesetzliche Grundlagen für Arbeit, Wirtschaft und Kultur. Die EG-Mitgliedschaft verbaut nicht die gesamtdeutsche Solidarität, sondern sie eröffnet zusätzlich europäische Solidarität. Letztlich ist dieser Weg bestens geeignet, Ängste und Sorgen von den Mitgliedstaaten und von den Nachbarn zu nehmen, weil das europäische Macht- und Entscheidungszentrum Brüssel, Luxemburg und Straßburg nicht durch einen Partner aus dem Gleichgewicht gebracht wird, der alle anderen Mitglieder der Gemeinschaft an Einwohnern und Wirtschaftskraft überragt.

Europäische Solidarität gegenüber der DDR ist bitter notwendig und hilft der Bundesrepublik Deutschland, die dann nicht allein die Lasten des Wiederaufbaus der DDR tragen muß.

Aus all diesen Gründen erhebt sich die Forderung: Die Europäische Gemeinschaft muß der DDR rasch ein konkretes Angebot machen. Schon heute ist die DDR „stiller Teilhaber“ der EG im Huckepack der Bundesrepublik - aber ohne Mitwirkungsmöglichkeiten. Schon morgen könnte die DDR - ohne daß Fragen der Sicherheitspolitik stören müßten - Teil der politischen Gemeinschaft werden. Davon würde auch die EG profitieren, die mit dieser Erweiterung nach Osten von ihrer Orientierung nach Westen und Süden etwas abgebracht werden könnte. Die Aufgaben auch der EG in Ost- und Mitteleuropa würden nähergebracht.

Daß die EG rasch handeln muß, liegt auf der Hand: Jetzt hat die Gemeinschaft noch die Chance, die DDR als selbständigen Partner zu bekommen. Dies ist für alle besser als die DDR nach einem „Anschluß-Konkurs“ über den Umweg Bonn als Bestandteil der Gemeinschaft aufgehaist zu bekommen. Deshalb dürfen gerade jene europäischen Nachbarn, die Angst vor einem deutschen Koloß in der EG haben, nicht länger zu warten, das zweite Deutschland aufzunehmen. Nur so können sie verhindern, ein Deutschland als Partner zu haben, das lange über seinen Weg ringen würde und zu lange allein damit beschäftigt wäre, das Entwicklungsgefälle zwischen dem deutschen Westen und dem deutschen Osten allein aufzuarbeiten.

Es mag sein, daß andere Länder sich brüskiert fühlen - beispielsweise Österreich, das doch schon vorher den Antrag auf die EG-Teilhabe gestellt hat und noch bis 1993 warten soll. Hier wird man Wege finden müssen, die Aufnahme unseres Nachbarn in die Gemeinschaft zu beschleunigen. Dies ist möglich, wenn die EG sich endlich stärker als politischer Zusammenschluß versteht. Wie verfehlt Automatismen mit starren Übergangs- und Wartefristen im heutigen Europa sind, zeigt das Beispiel Österreichs genauso wie in anderer Richtung der Fall Türkei: Hier muß die Aufnahme nach Europa kompromißlos mit der Forderung nach Demokratisierung verbunden werden. Wer nicht zur Demokratie kommen will - und davon ist die Türkei noch weit entfernt, wie jetzt auch die Inhaftierung der bayerischen Schriftstellerin Dr. Hella Schlumberger bewies - dem sollten die Vorteile der Gemeinschaft vorenthalten werden.

Erinnert sei an die Präambel des Grundgesetzes, in der die Väter und Mütter unserer Verfassung den Willen unterstrichen haben, in einem vereinigten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen. Seitdem haben wir - entsprechend dem Artikel 24 des Grundgesetzes - viele Hoheitsrechte an über-nationale Einrichtungen übertragen. Wir haben damit zum Ausdruck gebracht, daß wir staatliche und nationale Einheit nicht mehr im Geist des Nationalismus verstehen. Schon vor dem Fall der Mauer haben wir immer wieder betont, daß Friede und Freiheit vor der Einheit stehen. Die Einheit im europäischen Zusammenhang ist die Chance, diesen Weg auch in Zukunft weiterzugehen. Damit legen wir uns selbst unwiderruflich darauf fest, daß wir mit unseren europäischen Nachbarn auf Dauer in einer europäischen Friedensordnung leben wollen und können.

Die SPD in der DDR und die bundesdeutsche SPD haben in ihren deutschlandpolitischen Erklärungen die Einbettung in Europa unterstrichen. Laßt uns nun daran gehen, die deutsche Einheit über die europäische Einheit zu stellen statt durch eine Isolierte Deutsche-Einheit-Politik die europäische Einheit aufs Spiel zu setzen.

(-/25.1.1990/vo-he/rs)

* * *

Kambodscha endlich helfen

Zur Notwendigkeit, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit
mit dem südostasiatischen Land aufzunehmen

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Seit dem Scheitern der Pariser Kambodscha-Friedenskonferenz im August 1989 habe ich die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, ihre Haltung in der Kambodscha-Frage und auch gegenüber Vietnam zu überprüfen.

Zuletzt habe ich die Bundesregierung aufgefordert, die Waffenlieferungen der deutschen Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm an die Khmer Rouge zu unterbinden und den Vorfall, der mehr ist, als nur ein politischer Skandal, der Gerichtsbarkeit zu übergeben.

Angesichts des sich ausweitenden Bürgerkrieges in Kambodscha und des Ergebnisses der jüngsten Tagung des UN-Sicherheitsrates bezüglich einer Lösung des Kambodscha-Konfliktes (sogenannte Namibia-Formel) kann die Bundesregierung sich nun nicht mehr länger hinter ihren alten Positionen verschanzen. Es gilt vielmehr, politisch aktiv zu werden, das heißt konkret: endlich eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Kambodscha (und auch mit Vietnam) einzuleiten, endlich BMZ-Mittel für das vom Bürgerkrieg geschundene kambodschanische Volk freizugeben.

Nicht zuletzt gilt es, den bundesrepublikanischen Einfluß in der Europäischen Gemeinschaft geltend zu machen, um auch auf dieser Ebene eine entwicklungspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu realisieren. Frankreich und Großbritannien werden diese Vorstellungen sicherlich tatkräftig unterstützen.

Unter Berücksichtigung des Ergebnisses der jüngsten Tagung des UN-Sicherheitsrates muß die Bundesregierung begreifen, daß durch die neue Position Chinas, die mit der der USA und der UdSSR übereinstimmt, sich die Chance bietet, der Khmer Rouge das Handwerk zu legen und sie politisch auszuschalten und damit eine Beteiligung der Pol Pot-Schergen an der Regierung zu verhindern.

Der Rücktritt des Prinzen Sihanouk als Chef der Rebellenkoalition signalisiert, daß er den Wandel in der chinesischen Haltung begriffen hat und künftig von dort keine Unterstützung mehr erwarten kann. Der Prinz kündigt an, künftig nicht mehr an internationalen Konferenzen zum Kambodscha-Konflikt teilnehmen zu wollen; dies ist nicht unbedingt ein Verlust.

Angesichts der politischen Veränderungen, die die Hoffnung auf eine baldige Lösung des Konfliktes wieder wachsen läßt, ist es geboten, erneut an das Schicksal der Flüchtlinge an der kambodschanischen/thailändischen Grenze zu erinnern. Sie dürfen nicht weiterhin Spielball der chinesischen/thailändischen Politik sein. Aus Gründen der Menschenrechte gehört ihnen in erster Linie unsere ganze Solidarität.

Die Tatsache, daß die Aktuelle Stunde (Freitag im Bundestag) - von der Fraktion „Die Grünen“ beantragt - dieses Thema aufgreift, ist im allgemeinen nicht schlecht, aber die Wahl des Zeitpunktes, die Kurzfristigkeit der Themenbestimmung wird der Ernsthaftigkeit des Problems in Kambodscha nicht gerecht und ist von daher verschwendetes politisches Kapital.

(-/25.1.1990/vo-ha/rs)

Im Sinne der Opposition regeln

Zur Ausgestaltung des DDR-Wahlrechts

Von Dr. Rolf Niese MdB

Die Entscheidung über das Wahlrecht für die Wahlen am 6. Mai 1990 in der DDR ist von entscheidender Bedeutung über den Einfluß der SED in einer neuen DDR-Volkskammer.

Unter der Voraussetzung, daß circa 12,3 Millionen Bürger in der DDR wahlberechtigt sind und ein zukünftiges DDR-Parlament 500 Abgeordnete stellt, könnte die SED, sofern sie alle ihre 1,2 Millionen verbliebenen Mitglieder auch zu ihrer Wahl motivieren könnte, bei einem reinen Verhältniswahlrecht rund 50 Mandate erringen. Ein Mandat würde demnach auf rund 25.000 Stimmen entfallen.

Eine erste Meinungsumfrage, die der „Spiegel“ in Auftrag gab, ermittelte für die SED sogar zwischen 12 und 17 Prozent der Stimmen. Dieser Versuch einer ersten einigermaßen gesicherten Umfrage machte durchaus schon Sinn, auch wenn jeder zweite DDR-Wähler im Dezember letzten Jahres noch keine Partei präferierte.

Anfang Januar präsentierte die Akademie der Wissenschaft in Ost-Berlin ein neues Umfrageergebnis, das die Oppositionsgruppen wie ein Schock traf: Danach würde die SED unter dem populären Ministerpräsidenten Modrow sogar 28,2 Prozent der Stimmen erhalten, während die anderen Parteien nur magere Stimmenanteile erringen können.

Nach dieser Umfrage erhielt die Sozialdemokratische Partei (damals noch SDP) 5,4 Prozent, das neue Forum (NF) 5,8 Prozent, der Demokratische Aufbruch (CDA) zwei Prozent, die Vereinigten Linken (VL) 0,7 Prozent und die Gruppe Demokratie Jetzt (DJ) 0,4 Prozent. Das damalige „Wahlbündnis 90“ mit gemeinsamer Kandidatenliste und einem eventuell gemeinsamen Wahlprogramm wäre damit gegenüber der SED nicht mehrheitsfähig gewesen, selbst wenn man noch die Stimmen für die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), für die zum damaligen Zeitpunkt noch kein Umfrageergebnis vorlag, hinzugerechnet hätte. Selbst wenn sich die Grüne Partei entschlossen hätte, dem Wahlbündnis beizutreten, hätte sich der Stimmenanteil nur von 14,3 auf 15,3 Prozent erhöht.

Die Anfang Januar erhobene Forderung der damaligen SDP durch ihren Vorstandssprecher nach einem Mehrheitswahlrecht mit eingebauter Drei-Prozent-Klausel verdeutlicht die allgemeinen Ängste der demokratischen Neuparteien gegenüber einer für die Wählerschaft letztlich völlig undurchsichtigen Parteienlandschaft, die in ihrer gesamten Vielfalt schon jetzt kaum noch zu übersehen ist. Deshalb kann der Schritt der SDP zur Umwandlung der Partei in die SPD nur nachdrücklich begrüßt werden. Auch wenn zur Zeit immer noch neue Parteien entstehen und zukünftig entstehen werden, bietet die Neugründung der SPD doch einen Kristallisationspunkt für einen demokratischen Neubeginn in der DDR.

Ein Wahlrecht, das sich an das Mehrheitswahlrecht anlehnt, ist wahrscheinlich erst recht nicht in der Lage, Mehrheiten für die Oppositionsgruppen zu schaffen. Darüber hinaus müßte ein reines Mehrheitswahlrecht die Kandidaten verschiedener Richtungen zu einem verstärkten, personellen Zusammenschluß drängen. Diese Konzentration auf gemeinsame Direktkandidaten ist aber derzeit wegen vielfältiger Animositäten, lokalen Besonderheiten und Richtungsstreitigkeiten zwischen den Gruppierungen längst noch nicht erkennbar. Darüber hinaus sind derzeit noch keine Personen in Sicht, die geeignet erscheinen, der Opposition ein einheitliches Gesamtbild zu geben und der Bevölkerung die Ziele der Oppositionsbewegung faßbarer zu vermitteln.

Die Oppositionsparteien sollten sich aus diesem Grund dringend über eine Wahlrechtsreform, die für die Wahlen am 6. Mai ohnehin ansteht, Gedanken machen und Stellung beziehen.

Es ist klar, daß die SED mit circa 28 Prozent der Mandate in dem neuen DDR-Parlament aufgrund der zersplitterten Opposition sowohl nach einem Verhältnis- als auch nach einem Mehrheitswahlrecht ein entscheidender Faktor für eine zukünftige DDR-Politik sein könnte.

Gleichwohl werden die neuen Oppositionsgruppen, trotz ihrer vielfältigen neuen Namen, mittel- und langfristig zu größeren Parteien zusammenschmelzen und sich kongruent an die politischen Richtungen und Strömungen in der Bundesrepublik angleichen.

Dieser Prozeß wird aber von heftigen und schmerzhaften Geburtswehen begleitet sein. Die jüngste Abspaltung einer kleinen Gruppe vom DA ist der erste zarte Hinweis darauf, welche vielfältigen Prozesse bis zu einer endgültigen Verfestigung funktionierender Strukturen in den Parteien und später in den Fraktionen einer neuen „DDR-Volkskammer“ zukünftig noch zu erwarten sind.

Zunächst wird das Wahlergebnis vermutlich aber keiner Gruppe zur absoluten Mehrheit verhelfen. Die Folge sind wie auch immer geartete Koalitionen und Bündnisse zwischen den Parteien. Hierbei wird die SED versuchen, als Koalitionspartner oder Mehrheitsbeschaffer weiterhin maßgeblichen Einfluß auf die DDR-Politik zu nehmen. Aber auch für den Fall, daß die SED auf die Oppositionsbänke geschickt werden sollte, werden dennoch zunächst die alten Genossen in vielen Schlüsselpositionen verbleiben, vor allem im Bereich der Wirtschaft und Verwaltung.

Doch diesem Problem muß sich die Opposition so oder so stellen; genauso wie der Frage, wann sich aus der bisherigen gemeinsamen Ablehnung des SED-Staates endlich auch ein Wille zum politischen Handeln und zur politischen Verantwortung entwickelt.

Die Ausgestaltung des Wahlrechts in der DDR ist deshalb nicht nur juristisch oder akademisch, sondern auch vor allem politisch zu behandeln. Darauf ist die bisherige Opposition allerdings nur bedingt vorbereitet.

Darüber hinaus wird es zwischen der SED und den verschiedenen Oppositionsgruppen bei ihren Verhandlungen über die Wahlrechtsreform am „Runden Tisch“ vermutlich zu den abenteuerlichsten Abstimmungsverhalten zwischen den sich gerade entwickelnden Parteien, wie SPD, den Grünen, Neues Forum, Demokratischer Aufbruch unter anderem gegenüber den „etablierten“ DDR-Parteien, wie CDU, LDPD, Bauernpartei und andere, die ja bereits über ausgeprägte Parteistrukturen und entsprechende Apparate verfügen, kommen. Das Interesse an einem reinen Verhältniswahlrecht dürfte bei den noch nicht Etablierten am ausgeprägtesten sein, während die „gereinigten etablierten Parteien“ eher ein Wahlrecht anstreben werden, das sich an das bundesdeutsche Wahlrecht angleicht. Nebenbei stellt sich in diesem Zusammenhang natürlich auch die Frage nach der Höhe einer prozentualen Sperrklausel, die allerdings von allen Beteiligten zusammen entschieden werden kann.

Ein besonderes Problem stellt die sachgerechte und ausreichende (Selbst-)darstellung der verschiedenen Parteien während des Wahlkampfes in den DDR-eigenen Medien dar. Der neueste Vorstoß des DDR-Kabinetts, keine Partei dürfe durch befreundete Parteien aus dem Ausland finanziert werden, ist angesichts der gut funktionierenden und finanziell gut ausgestatteten Parteiapparate der etablierten Parteien der reinste Hohn. Zwar kann die Ankündigung bundesdeutscher Politiker, den nicht etablierten Parteien indirekte Wahlkampfhilfe durch eine vermehrte Wahlberichterstattung über bundesdeutsche Medien zu gewähren, sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluß sein; gleichwohl sollte diese Option aber bei einem starren Festhalten der SED an ihrem Medienmonopol intensiv genutzt werden.

Interessant bleibt in diesem Zusammenhang auch die Frage nach den bislang in der DDR-Volkskammer repräsentierten gesellschaftlich tragenden Kräften, wie dem FDGB, FDJ und andere. Derzeit ist überhaupt noch nicht abzusehen, welche Rolle diese Gruppen zukünftig in einer parlamentarischen und demokratischen Verfassung spielen werden. Natürlich wird die SED versuchen, auch diese Kräfte an der parlamentarischen Macht zu beteiligen, sofern sie sich sicher sein kann, daß dadurch ihre Machtposition gestärkt wird. Die Opposition wird daher, wenn sie die Prinzipien demokratischer Gewaltenteilung ernst nimmt, nicht daran vorbei kommen, auch hier klare Abgrenzungen gegenüber diesen Kräften vorzunehmen.

Gerade bundesdeutsche Politiker, die in diesen Tagen vielfältige Gespräche mit Vertretern dieser neuen Parteien in der DDR führen, sollten in diesen Punkten in die Offensive gehen und deutlich auf die Tragweite dieser Probleme aufmerksam machen.

(-/25.1.1990/va-he/rs)